



Brief aus Straßburg

an die Mandats- und Funktionsträger in Bayern
von Markus Ferber, MdEP
Ausgabe 10/ 2007
Tel 0821 - 349 2110 • Fax 0821 - 349 3021



Neuregelungen für Pflanzenschutzmittel

Das Parlament einigte sich auf eine Neuregelung und Harmonisierung der EU-Vorschriften über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln. Wichtige Punkte der neuen Verordnung sind ein risikobasierter Ansatz bei der Zulassung neuer Pflanzenschutzmittel und die Erstellung von Positiv- und Negativlisten von Wirkstoffen. Die EVP-ED Fraktion hat sich gegen starre Abstandsflächenregelungen ausgesprochen: „Eine solche Regelung ist zu pauschal und für die Landwirte in der Praxis nicht handhabbar“, erklärte Markus Ferber. Eine von der Kommission und der EVP-ED geforderte, zonale Zulassung wurde von der rot-grünen Mehrheit blockiert: Jetzt bleibt es bei 27 nationalen Zulassungsverfahren.

Gipfel der Staats- und Regierungschefs

Das Europäische Parlament begrüßte die Einigung der Staats- und Regierungschefs auf den „Vertrag von Lissabon“, der die Europäische Union auf eine neue vertragliche Grundlage stellen wird. „Das Parlament ist der Gewinner des Reformvertrages. Durch ihn wird die Europäische Union demokratischer und transparenter“, sagte der Vorsitzende der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Markus Ferber. Bedenklich sei hingegen

der Beschluss des Rates Italien einen Sitz mehr im Parlament zuzugestehen, als ihm nach dem ursprünglichen Entwurf zugestanden hätte: „Die Zahl der Parlamentssitze sollte sich an der Einwohnerzahl orientieren und nicht durch Kuhhandel vergeben werden“, so Ferber.

Haushalt 2008

Im Rahmen der Abstimmung zum Haushaltsverfahren 2008 stand auch der Haushaltsplan der Kommission zur Abstimmung. Die Abgeordneten machten dabei deutlich, dass sie klar für eine Finanzierung des europäischen Schlüsselprojekts Galileo aus Mitteln des Gemeinschaftshaushalts sind. Vor der endgültigen Verabschiedung der Finanzplanung im Dezember sind noch weitere Abstimmungen zwischen Parlament und Rat zu erwarten.

Mittel aus dem Globalisierungsfonds

Dem Antrag Frankreichs auf Unterstützung durch Mittel aus dem Globalisierungsfond stimmten die Parlamentarier zu. Im konkreten Fall geht es um Entlassungen bei mehreren Zulieferbetrieben der Automobilhersteller Peugeot SA und Renault SA. In beiden Fällen verloren mehr als 1000 Menschen ihren Arbeitsplatz weil europäische Firmen durch globale Wettbewerber unter

Druck geraten sind. Mit den Geldern aus dem Globalisierungsfonds sollen unter anderem Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen finanziert werden, die es den Betroffenen erleichtern sollen schnellstmöglich wieder in das Erwerbsleben zurückzukehren. Die Abgeordneten legten Wert darauf, dass die europäische Unterstützung keine Maßnahmen ersetzt, die sich aus nationalen Rechtsvorschriften oder der Verantwortung der Unternehmen ergeben.

Fortschrittsbericht Türkei

Das Europäische Parlament hat eine Entschließung zum anstehenden Fortschrittsbericht der Kommission verabschiedet. Darin werden der Stand der Entwicklungen in der Türkei analysiert und einige Empfehlungen an die Kommission formuliert. Übereinstimmend stellen die Parlamentarier die Notwendigkeit zu weiteren Fortschritten bei der Meinungs- und Religionsfreiheit, der parlamentarischen Kontrolle des Militärs und einer Verbesserung der Zusammenarbeit mit der EU in den Bereichen Energie und Verkehr fest. „Wer ernsthaft der Europäischen Union beitreten will, muss seine Bereitschaft zur Einführung der Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte demonstrieren“, meinte Ferber.